

Stadtverwaltung Lahnstein

Sitzungsvorlage

Drucksachen-Nr.: **MV 18/3403**

Fachbereich	Datum	
Fachbereich 1 – Zentrale Dienste, Stadtentwicklung und Kultur	05.03.2018	
Beratungsfolge	Sitzungstermin	öffentlich / nichtöffentlich
Fachbereichsausschuss 1	20.03.2018	Ö

BUGA 2031 im Oberen Mittelrheintal; Sachstandsbericht

Sachverhalt:

Am 17. November 2017, nach der letzten Sitzung des Fachbereichsausschusses 1, wurden vom Land die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie für eine mögliche Bundesgartenschau 2031 im Oberen Mittelrheintal der Öffentlichkeit vorgestellt.

Die Machbarkeitsstudie liegt allen Ratsmitgliedern vor; sie soll als offizielles Bewerbungsdokument für die Bundesgartenschau dienen.

Ursprünglich war vorgesehen, dass die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Welterbe Oberes Mittelrheintal am 11. Januar 2018 entsprechende Beschlüsse fasst, nach denen die Machbarkeitsstudie mit einem Finanzierungs- und Organisationsmodell als verbindliche abschließende Unterlage zur Bewerbung der Bundesgartenschau 2031 anerkannt wird.

Vor diesem Hintergrund hatte der Rat der Stadt Lahnstein bereits in seiner Sitzung vom 14. Dezember 2017 folgende Beschlussfassung herbeigeführt:

Die Stadt Lahnstein erklärt gegenüber dem Zweckverband Welterbe Oberes Mittelrheintal und der Deutschen Bundesgartenschau-Gesellschaft mbH, die in der BUGA-Machbarkeitsstudie vorgesehenen finanziellen Verpflichtungen ab dem Jahr 2020 zu erbringen.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dem folgenden Beschlussvorschlag zur Zweckverbandsversammlung am 11. Januar 2018 zur BUGA-Bewerbung zuzustimmen:

1. Der Zweckverband Welterbe Oberes Mittelrheintal nimmt die vom rheinland-pfälzischen Innenministerium finanzierte BUGA-Machbarkeitsstudie an.
2. Der Zweckverband übernimmt die BUGA-Machbarkeitsstudie als verbindliche, einzige und abschließende Unterlage für die Bewerbung um die Bundesgartenschau im Jahr 2031.
3. Der Zweckverband und seine Kommunen bewerben sich um die Durchführung der Bundesgartenschau 2031.
4. Der Zweckverband wird nach der Zusage durch die Deutsche Bundesgartenschau-Gesellschaft mbH (DBG) zur Planung und Durchführung der Bundesgartenschau 2031 im Jahr 2018 gemeinsam mit der DBG und den Ausstellerkommunen die Bundesgartenschau 2031 Gesellschaft mit beschränkter Haftung (BUGA 2031 GmbH) gründen; der Zweckverband Welterbe Oberes Mittelrheintal, die Ausstellerkommunen und die Deutsche Bundesgartenschau-Gesellschaft mbH werden Gesellschafter zu gleichen Teilen.
5. Die Geschäftsführung der Jahre 2018 bis 2021 soll durch die Entwicklungsgesellschaft Rheinland-Pfalz e.V. erfolgen.
6. Die BUGA-Geschäftsstelle wird im Jahr 2022 die Arbeit aufnehmen.

Auf die entsprechende Beschlussvorlage mit der Drucksachen-Nr.: BV 17/3351 wird in diesem Zusammenhang hingewiesen.

Insbesondere der in der Machbarkeitsstudie vorgesehene Verteilerschlüssel zur Aufbringung des kommunalen Gesamtanteils in Höhe von 14,4 Mio. an der Finanzierung der Bundesgartenschau (siehe Anlage) hat in verschiedenen Kommunen, u.a. in Boppard u. Bingen, zu Diskussionen geführt.

Vor diesem Hintergrund steht eine endgültige Beschlussfassung der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Welterbe Oberes Mittelrheintal noch aus.

Anlagen:

Finanzierungsschlüssel

In Vertretung

(Adalbert Dornbusch)
Bürgermeister